Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Reichsspiegel (Vom 23. bis 29. März)

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Visual Library

Reichsspiegel

(Vom 23. bis 29. März)

Nachwahlen

Etwas ist mir in unserem innerpolitischen Leben immer unverständlich geblieben und wird es mir auch wohl bleiben: die einem jeden politischen Kampfe folgenden, weit ausgesponnenen Zeitungspolemiken auch zwischen solchen Parteien, die aus dem Zwange der Verhältnisse heraus aufeinander angewiesen sind und die daher vermeiden sollten, das sie Trennende unnötig zu betonen.

Es werden Gelegenheiten zur Anbahnung vertrauensvoller Beziehungen, wie die Behandlungsweise der angefochtenen Mandate im Reichstage und die Nachwahlen sie bieten, nicht nur verpaßt, sondern dazu benutzt, die Gegensätze zu verschärfen. Besonders unsere konservative Presse kann sich gar nicht daran gewöhnen, ältere Kämpfe zu vergessen und nach geschlagener Schlacht die Toten ruhen zu lassen. Den Sieg des Sozialdemokraten bei der Nachwahl in Borna-Pegau haben die Freisinnigen und die Sozialdemokraten erwirkt; der Nationalliberalen bedurfte es zu diesem Ergebnis gar nicht. Es erscheint mir daher zwecklos und unangebracht, die nationalliberalen Wähler wegen ihrer Stimmabgabe zu verdächtigen. Angesichts der feindseligen Haltung der Konservativen stellen sich die Nationalliberalen wiederum auf den Standpunkt der Machtfrage, wie es aus Anlaß der Kassierung der Wahl des Konservativen Hoesch geschehen ist. So ergibt es sich, daß diese Korrekturen der Hauptwahl nicht unter große einigende Gesichtspunkte gestellt werden, sondern unter den Einfluß des zersplitternden Parteigeistes; und daß trotzdem zweifellos die wichtigste und weittragendste Aufgabe, die dem Reichstag augenblicklich bevorsteht, in der politischen Vorbereitung der neuen Handelsvertragskämpfe liegt, was für die bürgerlichen Parteien soviel bedeutet, wie die Sicherstellung einer Schutzzollmehrheit im Reichstage. Also die Sammlung der auf dem Boden des Schutzes der gewerblichen Arbeit stehenden Parteien ist die gemeinsame natürliche Aufgabe der Konservativen, der Nationalliberalen und des Zentrums. Die Aufgabe ist so klar,

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

daß sie sich mit Sonderbestrebungen, wie etwa mit der Zulassung der Jesuiten oder Erweiterung der Rechte des Reichstages, kaum verquicken läßt. Die Aufgabe ist aber um so wichtiger und muß um so einseitiger gefaßt werden, je unsicherer die Mehrheitsbildung in der Zollfrage ist und je mehr es darauf ankommt, die unsicheren Kantonisten für sich zu gewinnen und sie festzuhalten; denn die Gefahr für die Rechte ist gar nicht gering. Gegenwärtig setzen sich nach einer, wie mich dünkt, richtigen Berechnung der Frankfurter Zeitung die beiden Parteigruppen des Reichstages folgendermaßen zusammen:

Rechte und Zentrum:		Linke:	
Konservative	44 Abg.	Nationalliberale	45 Abg.
Reichspartei	12 „	Volkspartei	44 „
Wirtschaftliche Vereinigung und Reformpartei	10 „	Sozialdemokraten	111 „
Zentrum	91 „	Wilde	1 „
Polen	18 „		
Elsässer	9 „		
Welfen	5 „		
Wilde	7 „		
	196 Abg.		201 Abg.

Hierbei sind die Abgeordneten Becker (Hessen), Freiherr von Heyl, Hestermann, Graf Oppersdorf, Graf Posadowsky sowie zwei bayerische Bauernbündler der Rechten zugerechnet; von den Wilden ist lediglich der dänische Abgeordnete Hanssen zur Linken gestellt worden. Die Mehrheit der Linken beläuft sich danach also schon jetzt auf fünf, oder wenn man die kürzlich beschlossene Kassierung der Wahl des konservativen Abgeordneten Hoesch berücksichtigt, im Augenblick auf sechs Stimmen, wird allerdings um die fünf bis sechs Stimmen der Rechtsnationalliberalen zu vermindern sein, die unbedingt für den Zollschutz eintreten.

Um noch einmal auf den Ausfall der Wahl in Borna-Pegau zurückzukommen, möchte ich ihn nicht als ein gravierendes Zeichen für eine erneute Linksentwicklung auffassen. Daß der Freisinn sich zu den Gegnern des Herrn von Liebert schlagen mußte, wenn er auch nur ein Fünkchen Selbstachtung besaß, war zum mindesten klar nach Lieberts „Fremdstämmigen"rede im Reichstage. Der Kampf des Freisinns und der Sozialdemokratie war wohl ausschließlich gegen die Person des Kandidaten Exzellenz von Liebert gerichtet. Der Wahlkreis wäre darum gegen den Sozialdemokraten nur durch einen Kompromißkandidaten zu halten gewesen; das hätten sich diejenigen Konservativen, die die aussichtslose Kandidatur des Generals aufstellten, von vornherein sagen müssen.

Über das Ausscheiden des Generalleutnants von Liebert aus dem Reichstage erhebt die linksliberale und demokratische Presse, wie nicht anders zu erwarten war, ein lautes Triumphgeschrei und sucht den politischen Gegner noch durch Gehässigkeiten aller Arten herabzusetzen. Wir haben oft genug Gelegenheit

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

genommen, an dem Auftreten des Herrn von Liebert Kritik zu üben. Wir haben sein überscharfes Draufgängertum den sozialistischen Organisationen gegenüber stets mit Kopfschütteln betrachtet, seine durchaus undiplomatischen antisemitischen Ausfälle sind uns unverständlich geblieben. Wenn aber heute Generalleutnant von Liebert das Parlament verläßt und wohl schwerlich in dasselbe zurückkehren wird, müssen wir doch bedauern, daß diese markante Persönlichkeit aus den Reihen der Parlamentarier scheiden soll. Es scheidet mit ihm ein ungemein vielseitiger Politiker, der Gelegenheit gehabt hat, sich in der auswärtigen Politik, in der Kolonialpolitik und auch in Fragen der inneren Politik ein tiefbegründetes Urteil zu bilden, eine Persönlichkeit, die, herausgewachsen aus dem gesunden Boden der siegreichen preußischen Armee von 1866 und 1870, ihre Anschauungen mit solcher Klarheit, ja uns ungewohnter herzerfrischender Klarheit vertreten hat, daß es oftmals eine Freude war, dem Manne zu lauschen, auch wenn die Tendenz abstieß. Wir befinden uns diesmal mit der „Post" in Übereinstimmung, wenn wir die Hoffnung aussprechen, daß Herr von Liebert mit seinem Ausscheiden aus dem Reichstage nicht aufhören möge, politisch zu wirken. Möchte er aus dem reichen Schatze seiner Erfahrungen Gedanken in die Nation streuen, entkleidet der scharfen Form, mit der er sie im Kampfe der Parteien zutage förderte, und durchleuchtet von der Gelassenheit, die sich auf der Lebenshöhe jeder starken Persönlichkeit einzustellen pflegt, die ihr Leben hindurch nach bestem Wissen und Gewissen ihre Pflicht zu tun strebte. Herr von Liebert hat der Nation zweifellos noch manches zu sagen.

Die Besoldungsreform im Auswärtigen Amt

Die Leser dieser Zeitschrift werden sich erinnern, daß wir im vergangenen Jahre, nachdem Herr von Jagow das Amt des Staatssekretärs des Auswärtigen angetreten hatte, einen Wunschzettel aufgerollt haben, der im wesentlichen das enthielt, was der Reichstag später beschlossen hat, nämlich, es möchten Maßnahmen getroffen werden, durch welche der Zugang zum diplomatischen Dienst den Befähigsten ohne Rücksicht auf ihre Vermögensverhältnisse ermöglicht werde. Weiter gaben wir einen Vorschlag des nationalliberalen Abgeordneten Freiherrn von Richthofen an, der auf dasselbe ausging. Diese Vorschläge fielen auf guten Boden, nicht nur beim Reichstage, der dem Herrn Reichskanzler so viele Mittel, als das Auswärtige Amt für den gedachten Zweck benötigen würde, zur Verfügung stellte, sondern auch beim Auswärtigen Amt selbst, wo sich schon seit Jahren Material für eine Besoldungsreform angehäuft hatte und wo seitens der Personalabteilung recht gründliche Vorarbeiten im Gange waren.

Das Ergebnis dieser Arbeiten und der in der Budgetkommission des Reichstages gepflogenen Aussprachen liegt uns nun in einer ganz hübsch abgerundeten Besoldungsreform beim Etat für das Auswärtige Amt auf das Rechnungsjahr 1914 vor. Dem Steuerzahler kostet die Reform rund 650000 Mark. Es läßt sich beim Durchsehen der Denkschrift erkennen, daß hier eine solide Arbeit geleistet

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

worden ist, die sich mit Einzelheiten nicht begnügt, die vielmehr darauf ausgeht, die im Reichstagsbeschluß liegende Forderung in ihrem ganzen Umfange zu erfüllen.

Es darf nämlich nicht übersehen werden, daß sich die Gehälter und Bezüge unserer Außenbeamten heute noch nach Normen regulieren, die Anfang der 1870er Jahre auf Grund der Gesetzgebung des Norddeutschen Bundes und des preußischen Staates geschaffen worden waren. Allein die Tatsache, daß das Reich 1872 nur dreiundzwanzig gesandtschaftliche und vierundzwanzig berufskonsularische Vertretungen hatte, während es 1913 etatsmäßig vierzig diplomatische und hundertundsiebenundzwanzig berufskonsularische Behörden besitzt, zeigt zur Genüge, welch eine Entwicklung über das Auswärtige Amt hingegangen ist.

Ferner mußte die Tatsache berücksichtigt werden, daß nicht allein die Diplomaten genötigt sind, erhebliche Gelder aus ihrem Privatvermögen zuzusetzen, womit Herr von Richthofen rechnete, sondern daß auch die im Konsulatsdienst beschäftigten Beamten vielfach dazu gezwungen sind. Es ist Tatsache, daß eine ganze Reihe konsularischer Posten so gering bezahlt wird, daß der Inhaber solchen Postens ein vermögender Mann sein muß, um darauf verwendet werden zu können. Da nun aber Teuerung die ständige Begleiterin starker kultureller und wirtschaftlicher Entwicklung ist, also die sogenannten teuren Posten auch meist zugleich wichtige Posten sind, bildete sich die Notwendigkeit heraus, auf diese wichtigsten Posten vor allen Dingen Herren mit einem großen Portemonnaie zu setzen und mancher sachliche Gesichtspunkt, der gern in den Vordergrund geschoben worden wäre, mußte zurücktreten, was wiederum nach außen hin den Eindruck erweckte, als wenn Herren bevorzugt würden, die es nicht recht verdienten.

Diesen Zustand hofft nun das Auswärtige Amt durch seine Vorlage im wesentlichen zu beseitigen. Die Besoldungsreform erstreckt sich auf das gesamte im auswärtigen Dienst stehende diplomatische und konsularische Personal, vom Botschafter herab bis zum letzten Kawassen. Eine Kritik an den einzelnen Posten läßt sich natürlich nur üben, wenn man genau die Verhältnisse am betreffenden Ort kennt. Ich muß mir daher versagen, die einzelnen Posten unter die Lupe zu nehmen. Wo ich mich zu Nachprüfungen berechtigt halte, glaube ich durchgehends feststellen zu müssen, daß das Auswärtige Amt angesichts der Gebelaune des Reichstages fast zu bescheiden ist. So will es mir scheinen, als wenn den in Rußland und in den Balkanstaaten, sowie in China amtierenden Beamten des auswärtigen Dienstes größere Einkommen zugebilligt werden könnten. Die Posten dort sind nicht nur von erheblicher wirtschaftspolitischer Bedeutung, sie legen ihren Inhabern auch größere Opfer und auf den Inlandsposten sogar Entbehrungen auf. Für die pensionsberechtigten Einkommen ist ja natürlich eine Grenze gegeben durch die Normalverhältnisse, die bei den Beamten der Inlandsbehörden herrschen. Es ist auch nicht nötig, daß die Auslandsbeamten gegenüber ihren inländischen Kollegen in den Pensionen bevorzugt werden. Etwas

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

anderes ist es aber mit den Ortszulagen. Wenn der Generalkonsul von St. Petersburg bei 12000 Mark pensionsberechtigtem Höchstgehalt 24000 Mark Ortszulage bekommt, so sind das zwar 36000 Mark Jahreseinkommen, aber nur etwa 15500 Rubel, und ein Rubel in Petersburg entspricht vielleicht dem Werte von einem Frank oder achtzig Pfennigen in Deutschland. Vergleicht man daneben die Einkommen der Direktoren, sagen wir der deutschen Elektrizitätsgesellschaften in Petersburg, so wird man finden, daß diese das doppelte und dreifache dieser Summe betragen. Sollte nicht hier der Reichstag von sich aus Schritte unternehmen können und für den Osten ganz allgemein eine Erhöhung der Ortszulagen vornehmen? Tut er das, so wird er auch junge Leute aus Handel und Industrie, die sich gegenwärtig vom Staatsdienst im Auslande zurückhalten, anziehen und uns eine Menge tüchtiger Kräfte aus den hervorragend bewährten Familien von Industrie und Handel zuführen. Was ich wegen des Gehalts des Generalkonsuls von Petersburg sagte, bezieht sich ebenso auf die ersten Botschaftssekretäre von Konstantinopel und Petersburg, wie auf die Generalkonsuln und Konsuln von Moskau, Shanghai, Wladiwostok und anderen Orten, die gewissermaßen Schmerzenskinder des Etats sind.

Die Behandlung der Regierungsvorlage im Haushaltungsausschuß des Reichstages entsprach nicht ganz der Haltung der Parteien im vorigen Jahr. Die Hergabe der benötigten Summen wurde vielmehr an Bedingungen geknüpft, die gar nichts mit dem Ziel der Besoldungsreform zu tun hatten, wie Schaffung einer Auslandshochschule und Verschärfung der Examina. So will man ein Konsulatsexamen einführen, das sich besonders auf volkswirtschaftliches Wissen erstrecken soll, so daß die Anwärter für den Konsulatsdienst fortan außer dem Referendar- und Assessorexamen noch ein drittes würden ablegen müssen, wenn nicht der Reichstag sich eines besseren besinnen sollte. Ich kann mir nicht denken, daß dies dritte Examen einen besonderen Anreiz zum Konsulatsdienst bilden wird, und gerade diejenigen Kreise aus Handel und Industrie, die man gern im auswärtigen Dienst sehen möchte, werden sich durch das dritte Examen noch mehr abgestoßen fühlen, als schon jetzt.

Meines Erachtens liegt in dem Vorschlage eines dritten Examens eine ungesunde Überschätzung des Wissens als solchem, während doch politische Charakterbildung in diesem Falle viel wichtiger ist. In der gleichen Richtung scheinen mir auch die Vorschläge oder Pläne der Errichtung einer Auslandshochschule als eines Instituts zu liegen, durch das der Nachwuchs für den diplomatischen und konsularischen Dienst besonders in Volks- und Weltwirtschaft herangebildet werden soll. Wem soll durch ein solches Institut genutzt werden? Das was der junge Diplomat und Konsul über das Ausland wissen muß, kann er schon heute fast auf allen Universitäten lernen; wünscht er sich in orientalischen Dingen zu vervollkommnen, so steht das Orientalische Seminar zur Verfügung; ferner ist das Kolonialinstitut in Hamburg vorhanden. Wenn etwas geschehen muß, so sollte man den Ausbau des

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Orientalischen Seminars ins Auge fassen, durch Angliederung von Vorlesungen über internationales Recht, Verfassungen der Fremdstaaten, Finanzwissenschaft und Zollpolitik; eine starke Dosis politischer Geschichte des Auslandes hätte das Lehrprogramm zu vervollständigen. Damit aber wäre meines Erachtens alles Wünschenswerte erfüllt. Denn unsere Konsuln und Diplomaten sollen keine Gelehrten sein, die wissenschaftliche Probleme lösen, sondern praktische Politiker, die die bestehenden jeweiligen Verhältnisse zu Nutz und Frommen der Heimat zu biegen wissen. G. Cl.

Das russische Problem

Die Dinge in Rußland entwickeln sich langsam in der Richtung, die ich in meinem Aufsatz über den Ministerpräsidenten des Zarenreichs (Heft 8) angedeutet habe. Goremykin geht entschieden vor allen Dingen darauf aus, in der inneren Politik klare Verhältnisse zu schaffen und die Regierungsautorität in allen ihren Ausstrahlungen aufzurichten. Er wird wegen dieses Bestrebens vielfach bespöttelt, weil sein Ministerium so wenig homogen sei. Zieht man in Betracht, daß Herr Suchomlinow Kriegspolitik treibt, während er selbst durchaus Frieden wünscht, der notwendig ist, um die inneren Schwierigkeiten zu überwinden, so sieht es in der Tat mit seiner Autorität nicht erfreulich aus. Goremykin läßt sich dadurch nicht anfechten: in seiner ruhigen Art arbeitet er für die Zukunft, indem er zuverlässige Männer in diejenigen Stellungen bringt, wo starker Wille und gute Nerven am Platze sind. So ist auch der Sohn des so viel geschmähten Ministers Plehwe, der noch vor wenigen Jahren bescheidener Staatsanwalt in der Provinz war, dann dank seiner großen Arbeitskraft zum Protokollführer im Ministerkomitee befördert wurde, zum Gehilfen des Ministers des Inneren aufgerückt. Und wir werden wohl damit rechnen dürfen, daß dieser tüchtige, verhältnismäßig junge Mann in der inneren Entwicklung Rußlands noch eine Rolle spielen wird. Eine Schwierigkeit in der Entwicklung liegt in der Erkrankung des Ministers für Landwirtschaft, Krivoschein, der neuerdings seinen Aufenthalt im Süden hat verlängern müssen. Wie ich höre, soll er aber ein gut organisiertes und exakt arbeitendes Ministerium in Petersburg zurückgelassen haben, so daß Goremykin wohl aus der Zahl der Beamten auch einen Nachfolger für den schwer leidenden Agrarreformer finden dürfte. Mit der Volksvertretung scheint sich die Regierung nicht viel Zwang auferlegen zu wollen. Jedenfalls deutet das letzte Reskript des Zaren darauf hin, daß man zwar bereit sein wird, mit der Duma zu arbeiten, daß man sich aber auch ohne die Duma durchhelfen könne. Wenn Goremykin in seinem hohen Alter eine solche Politik gutheißt, wird er wohl auch Männer im Auge haben, die jederzeit an seine Stelle springen können.

Im Auslande hat es Herr Graf Witte verstanden, die Aufmerksamkeit wieder ganz auf seine Person zu lenken. Von Berlin aus läßt es sich schwer entscheiden, was an den Schreibereien, besonders des „Nowoje Wremja“,

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Realität, was Theaterdonner ist. Vieles wird man auf das Konto der persönlichen Eitelkeit des Grafen Sergej Julewitsch setzen dürfen, der ja zeitweilig zu den populärsten Staatsmännern der Welt gezählt hat und dem es sichtlich schwer wird, im Schatten des Reichsrates stille und unbeachtet zu leben. Schon sein Buch „Volkswirtschaftliche Vorträge" darf man als ein Zeichen dafür betrachten, daß der Herr Graf sich unter allen Umständen bemerkbar machen will. Sehr viel andere Bedeutung vermag ich auch den ihm zugeschriebenen Äußerungen über seine Bündnisvorschläge an Kaiser Wilhelm nicht beizumessen. Die Lage war weder im Jahre 1905 noch ist sie heute dazu angetan, solche Vorschläge ernsthaft zu erwägen. Man darf nicht übersehen, daß Witte 1905 bei seiner Rückkehr vom Friedensschluß von Portsmouth eines gewissen Scheins bedurfte, um seinen Einzug in Petersburg gehörig zu beleuchten. In jener für Rußland so schweren Zeit war unser Kaiser Wilhelm eine der populärsten Persönlichkeiten für die maßgebenden russischen Kreise. Deshalb mußte auch Witte den größten Wert darauf legen, damals von Kaiser Wilhelm empfangen und von ihm sichtbar ausgezeichnet zu werden. Ich irre mich deshalb kaum, wenn ich annehme, daß die Initiative zum Besuche beim Kaiser in Rominten jedenfalls nicht vom Deutschen Kaiser ausgegangen ist, daß es vielmehr sehr eindringlicher Wünsche von seiten des Grafen Witte bedurft hat, um die Besprechung zustande zu bringen. Fürst Bülow befand sich damals in Norderney. Im ganzen war jener Besuch lediglich als eine Höflichkeit zu bewerten, die unser Kaiser einem Minister des befreundeten Monarchen erwies, — nicht mehr! Die gegenwärtigen, dem Grafen Witte zugeschriebenen Äußerungen scheinen mir in erster Linie den Zweck zu verfolgen, seine Persönlichkeit beim Zaren wieder in ein gehöriges Licht zu setzen und sich die Wege zur Macht zu ebnen. Näheres läßt sich indessen von Berlin aus auch bei eingehendem Studium der russischen Presse nicht sagen; man müßte schon einmal in Petersburg selbst zusehen, was hinter den verschiedenen Äußerungen steckt.

G. Cleinow

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.
Verantwortlich: der Herausgeber George Cleinow in Berlin-Schöneberg. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:
An den Herausgeber der Grenzboten in Berlin-Friedenau, Hedwigstr. 1a.
Fernsprecher der Schriftleitung: Amt Uhland 3630, des Verlags: Amt Lützow 6510.
Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW. 11.
Druck: „Der Reichsbote" G. m. b. H. in Berlin SW. 11, Dessauer Straße 36/37.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

G. HURRELMEYER
BUCHBINDEREI
PAPIERHANDLUNG
SCHILLERSTR. 21

Staats- und
Universitätsbibliothek Bremen
DFG